



Die Suche nach dem Kindeswohl

Nach dem Abschiebestreit startet die von Werner Kogler eingesetzte Kindeswohl-Kommission unter Irmgard Griss mit ihrer Arbeit.

INGE BALDINGER

WIEN. Mit heiklen juristischen Entscheidungen hat Irmgard Griss als einstige Präsidentin des Obersten Gerichtshofs viel Erfahrung. Mit heiklen Untersuchungen auch: 2014 verdiente sie sich als Leiterin der Untersuchungskommission zur Causa Hypo Alpe Adria Dank und Anerkennung. Dass es in den Niederungen der Politik heikel werden kann, ist ihr als einstiger Präsidentschaftskandidatin und Neos-Parlamentarierin auch geläufig. So gesehen ist Griss die Idealbesetzung für die Leitung der von Vizekanzler und Interims-Justizminister Werner Kogler (Grüne) eingesetzten Kindeswohl-Kommission, Produkt des jüngsten koalitionsären Abschiebestreits.

Nun ist die Kommission komplett. Und Griss will „sachlich und nüchtern“ an die Untersuchung herangehen, die insbesondere diese Frage beantworten soll: Spielen die in der Verfassung verankerten Kinderrechte bei fremdenrechtlichen Entscheidungen dieselbe Rolle, wie bei allen anderen Entscheidungen? Das Ergebnis sei offen. „Es könnte sein, dass eh alles perfekt ist, oder aber, dass da und dort Anpassungs- oder Verbesserungsbedarf besteht“, sagte sie im SN-Gespräch.

Anlass für die Einsetzung der neuen Griss-Kommission war die nächtliche Abschiebung von drei Familien, zwei georgischen und einer armenischen. Hochemotional

diskutiert wurde vor allem über die zwölfjährige Tochter einer der zwei georgischen Familien. Das Mädchen wurde in Österreich geboren.

Nach Angaben des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl dauerte das Verfahren so lang, weil es durch alle Instanzen lief, die Familie die stets negativen Entscheidungen aber nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Seit vier Jahren habe sie unrechtmäßig in Österreich gelebt, die Ausreise verweigert und mehrere Abschiebeversuche vereitelt.

„Wir schauen, was Sache ist, wir wollen ein objektives Bild zeichnen.“

Irmgard Griss, Leiterin der neuen Kindeswohl-Kommission

Nun geht die Kommission (nicht nur in diesem Fall) der Frage nach, ob das Kindeswohl in all den Verfahren ausreichend berücksichtigt wurde. Und warum kein humanitäres Bleiberecht gewährt wurde, was bei langen Verfahren und entsprechender Integration der abgewiesener Asylbewerber gar nicht so selten der Fall ist.

Nicht nur zwei ideologische, auch zwei juristische Denkschulen prallen hier aufeinander. Die eine lautet: Aus unrechtmäßigem Handeln könne kein Recht erwachsen. Die andere: Kinder hätten Rechte und könnten nichts für das Fehlverhalten ihrer Eltern.

Wo steht Griss? „Das ist ein gewisser Zwiespalt, wenn mit allen Tricks versucht wird, das Verfahren so in die Länge zu ziehen, dass damit erreicht werden könnte, bleiben zu dürfen, weil die Kinder so gut eingelebt sind. Das sind berechnete Einwände.“ Auf der anderen Seite sei es für gut integrierte Kinder ein „großer Nachteil, gehen zu müssen“. Weshalb man fragen müsse: „Welcher Nachteil wäre es für die österreichische Gesellschaft, wenn die ganze Familie bleibt?“

Ihr, Griss, wäre eines besonders wichtig: „Dass man darauf vertrauen kann, dass gleiche Fälle gleich entschieden werden. Dass es nicht davon abhängt, wer die Entscheidung trifft.“ Deshalb werde man nun überprüfen, was „Sache ist“. Man wolle ein „objektives Bild zeichnen“ und einen europäischen und internationalen Vergleich ziehen.

In der Kommission zur Seite stehen Griss vier Experten: Hedwig Wölfl, klinische Psychologin und Vizepräsidentin der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit; Ernst Berger, Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie; Helmut Sax vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte; Reinhard Klaushofer, Verfassungsrechtler und Leiter des Instituts für Menschenrechte. Bis zum Sommer soll die im Justizressort angesiedelte Kommission Empfehlungen vorlegen.

„Die ÖVP muss die Grünen leben lassen“

INTERVIEW mit Heidi Glück



Die Kommunikationsberaterin Heidi Glück, früherer Pressesprecherin von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, sieht die ÖVP für den Zustand und die Zukunft der Grünen mitverantwortlich.

SN: Die Koalition stand diese Woche knapp vor dem Ende. Wie ist die türkis-grüne Regierung noch zu retten?

Heidi Glück: Die ÖVP muss ein Verständnis und ein Gespür dafür entwickeln, wo bei ihrem Partner die Grenzen sind. An die Grenze, ab der die Grünen den Druck der eigenen Basis nicht mehr aushalten, darf sie nicht gehen. Man muss dem Partner in einer Koalition einen gewissen Spielraum geben. Seine Macht dazu zu nutzen, den Partner ins Eck zu drängen, schafft keine gesunde Partnerschaft. Das Motto muss sein: „leben und leben lassen“. Sonst passiert bei den Grünen das, was 2002 bei der FPÖ passiert ist, nämlich eine Parteisplaltung in Regierungsbefürworter und Regierungsgegner. Die ÖVP hat eine Mitverantwortung dafür, dass das bei den Grünen nicht auch passiert.

SN: Also sollte die ÖVP den Grünen mehr als bisher entgegenkommen und über den Koalitionspakt hinaus Zugeständnisse machen?

Das Regierungsprogramm ist die Basis, an der sich die Arbeit der Koalition zu orientieren hat. Aber Politik ist auch ein sehr stimmungsgeladeter, teilweise irrationaler Prozess. Da kann vieles sehr

rasch kippen. Als der Koalitionspakt geschlossen wurde, war die Toleranz bei den Grünen sehr groß, weil damals bei den Verhandlern die Stimmung vorherrschte: Wir wollen mitregieren. Aber jetzt redet auch die Parteilinie mit, und da ist die Stimmung eine andere. Dem muss die ÖVP Rechnung tragen.

SN: Wie konkret?

Auch als wesentlich stärkere Partei muss man dem Partner eine Begegnung auf Augenhöhe ermöglichen. Und diese Augenhöhe ist derzeit sicher nicht gegeben. Daher besteht für die Koalition die Gefahr, dass die grüne Parteilinie die Regierungsbeteiligung nicht mehr akzeptiert. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Grünen aus der Defensive, in der sie jetzt zweifellos sind, herauskommen. Und zwar, indem sie zeigen können, dass es einen Sinn hat, dass sie in der Regierung sitzen. Etwa mit dem Informationsfreiheitsgesetz oder der Installation eines Bundesstaatsanwalts.

SN: Kann es sein, dass die ÖVP die Grünen absichtlich schlecht behandelt, um sie zu zerstören?

Wenn das die Strategie wäre, frage ich mich: Was hätte die ÖVP davon? Wenn sie es darauf anlegt, die Grünen zu zerstören, nimmt sie sich selbst eine Koalitionsoption. Und was bliebe ihr dann übrig? Mit der FPÖ in ihrem derzeitigen Zustand kann sich wohl niemand in Österreich eine Koalition vorstellen. Das heißt, die ÖVP würde in eine Große Koalition schlittern – mit einer SPÖ, die selbst nicht weiß, wohin sie eigentlich will. Ich glaube nicht, dass das die Strategie und das Ziel der ÖVP ist. **Alexander Purger**

Koalition einigt sich auf Gesetz zur Informationsfreiheit

WIEN. ÖVP und Grüne haben sich auf ein Informationsfreiheitspaket geeinigt. Das Amtsgeheimnis soll abgeschafft werden. Die Kontrolle durch den Rechnungshof wird bei Unternehmen ab 25 Prozent öffentlicher Beteiligung möglich. Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs werden vor ihrer Ernennung außerdem eine „Cooling-off-Phase“ ab-

warten müssen. Das Paket soll für acht Wochen in Begutachtung gehen und könnte vor dem Sommer beschlossen werden. ÖVP und Grüne verhandelten schon länger über das Paket, die Grünen erhöhten zuletzt den Druck auf die Kanzlerpartei, nachdem die Ermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel publik geworden waren. **SN, APA**

Only Good News is Good News

Medien neigen dazu, nur Negatives als Nachricht gelten zu lassen. Zum Coronajubiläum also einmal nur positive Meldungen:

Beim Glücksspiel kommt es in Österreich ganz offensichtlich nicht nur auf den Zufall an, sondern irgendwie auch sehr stark aufs Geschick. **2021 ist das erste Jahr**, in dem es schon fünf Tage vor dem Valentinstag österreichweit abschließlich um Blümel gegangen ist. **Heinz Faßmann** muss sich (aufgrund seiner brillanten Dissertation) nicht vor Aufdeckungen durch Plagiatsforscher fürchten. Das Stabilisierende für die Regierung: Auch Köstinger, Kurz und Anschöber müssen sich nicht vor Plagiatsforschern fürchten. **FPÖ-Chef Norbert Hofer** hat eine neue schicke Frisur: Er hat seine charakteristische Locke runter (down) gegelt. Das heißt, sogar er hält sich endlich auf seine Art an den „Lock down“. **Dativ Plural von Gust Wöginger** ist Gustibus Wögingeris. Das kommt aufgrund der Corona-Erleichterungen aber heuer nicht zur Matura. **Die Wissenschaft** entdeckte das Kurz-Paradoxon: Kurzarbeit kann immer wieder verlängert

werden und bleibt trotzdem Kurzarbeit. (Was etwa bei einem verlängerten kurzen Rock nicht möglich ist – aber in abgewandelter Form auch für im Amt verlängerte Kanzler gelten soll.) **Israels Geheimdienst** hat ganz früh herausgefunden, dass Biontech mit der Entwicklung de facto fertig ist – und Israel hat sofort ganz viel Biontech bestellt. Österreichs Geheimdienst hat fast zeitgleich herausgefunden, dass er de facto am Ende ist – und Österreich hat sofort einen neuen Leiter für das BVT bestellt. **80 Milliarden** an Wirtschaftshilfen zahlte Deutschland an Unternehmen aus, Österreich, das zehn Mal so klein ist, zahlte 32 Milliarden aus. Aber keine Angst, Österreich hat sich nicht übernommen: Laut WKStA sind die 32 Milliarden zur Gänze durch Spenden eines Glücksspielkonzerns finanziert worden. **Besonders gute Nachricht** für alle Tirolskeptiker: Es gibt lei (nur) ein Tirol. **Heuer gibt es** trotz der Krise endlich erstmals

wieder eine „Osterweiterung“; aber nur dann, wenn die Lockerungen heuer zu Ostern tatsächlich ausgeweitet werden. **Den Begriff Parteisoldat** gab es in Österreich bis vor Kurzem gar nicht. Er wurde exklusiv vom bzw. für den Ausschusspolitiker Wolfgang Gerstl erfunden. **Der Begriff Ausschusspolitiker** ist übrigens gar nicht so gemeint. **Wenn man die Buchstaben** von AstraZeneca durcheinanderschüttelt, kommt „Caesar tanze!“ heraus. **Schüttelt man** die Buchstaben von Pfizer durcheinander, kommt Zipfer raus. Na Prost! **Und wenn man** die Buchstaben von Biontech durcheinanderschüttelt, kommt entgegen einer weit verbreiteten Ansicht doch nicht Bitcoin heraus – aber fast. **Wenn man bedenkt**, dass bei Corona negativ positiv ist – und umgekehrt, war 2020 eigentlich ohnehin ein total positives Jahr.

SCHLI
Helmut
Schliesselberger

